bnr.de
blick nach rechts

12. Juni 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 12/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Personalprobleme 2

Rechtsextreme Parteien suchen Kandidaten für die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen – die NPD zieht mit bekanntem Neonazi in die Bundestags- und Landtagswahl.

Braune Kulturwelt 3

Ein Netzwerk aus rechtsextremen Organisationen und völkisch-bündischen Jugendgruppen trifft sich seit Jahrzehnten zu germanischer Brauchtumspflege und Volkstänzen.

VERFASSUNGSSCHUTZ 5

Personelle Schnittstellen 5

Die Thüringer NPD will durch kommunalpolitische Verankerung den Einzug in den Landtag schaffen.

Nachlassende „Strahlkraft“ 6

Mitgliederverluste bei den rechtsextremen Parteien – Zuwachs für Neonazispektrum auch in Niedersachsen.

PROZESSE 7

Äußerste Brutalität 7

Prozessführung und Urteil gegen einen 21-jährigen Neonazi, der einen jungen Mann zu Tode geprügelt und getreten hatte, werfen Fragen auf.

Deal mit der Justiz 8

Der langjährige Thor Steinar-Geschäftsführer Uwe Meusel vor Gericht.

SEITENBLICK 8

Ungesühnte Mordtaten 8

Weltweit leben noch zahlreiche mutmaßliche NS- und Kriegsverbrecher – viele können weitgehend unbehelligt ihren Lebensabend verbringen.

RÜCKBLICK 10

Gegen den Schlussstrich 10

Im Juli vor 30 Jahren hat der Deutsche Bundestag nach hitzigen Debatten entschieden, die Verjährung für Mord aufzuheben. Damit wurden weitere NS-Verfahren wegen Mordes erst möglich gemacht.

MELDUNGEN 11

Personalprobleme

Rechtsextreme Parteien suchen Kandidaten für die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen – die NPD zieht mit bekanntem Neonazi in die Bundestags- und Landtagswahl.

Bei der nordrhein-westfälischen NPD hat die Bescheidenheit Einzug gehalten. Er rechne nicht damit, dass es im kommenden Jahr für einen Einzug in den Düsseldorfer Landtag reiche, räumte der Landesvorsitzende Claus Cremer unlängst ein. Für realistisch hält er ein Ergebnis von 1,5 bis 2 Prozent. Dabei ist die NPD auf die Unterstützung parteifreier Neonazis angewiesen. Ohne sie wäre der Kraftakt eines auch nur annähernd flächendeckenden Wahlantritts im größten Bundesland nicht zu schaffen. Rein rechnerisch verfügt der NPD-Landesverband mit seinen 780 Mitgliedern gerade einmal über durchschnittlich sechs Mitglieder in jedem der 128 Wahlkreise.

Einen dieser Wahlkreise hat die NPD bereits jetzt mit einem bekannten Neonazi besetzt. Die NPD Siegen-Wittgenstein, die sich in den letzten Wochen gemeinsam mit den „Freien Nationalisten Siegerland" mit einer Serie von Demonstrationen und Kundgebungen besonders aktivistisch gezeigt hat, nominierte Axel Reitz aus Pulheim als Kandidat in einem ihrer beiden Wahlkreise. „Reitz konnte mit großer Mehrheit die Wahl zum Landtagskandidaten als Bestätigung seiner menschlichen und politischen Kompetenz entgegen nehmen", kommentierte die Siegener NPD die Entscheidung für den nach einer antisemitischen Rede wegen Volksverhetzung vorbestraften 26-Jährigen. Den zweiten Siegener Wahlkreis besetzt der Kreisvorsitzende Stephan Flug. Gemeinsam haben Reitz und Flug einen Bezug zu Köln: Während der eine von Medien und ihm weniger freundlich gesonnenen Neonazis als „Hitler von Köln" verspottet wird, titulierte der andere sich einst als der „Kölsche Haider", als er im Jahr 2000 für „pro Köln" als Oberbürgermeisterkandidat in der Domstadt antrat.

Die Reitzsche Kandidatur – er soll im Rheinland auch bei der Bundestagswahl Ende September dieses Jahres für die NPD antreten – ist ein Zeichen dafür, wie weit sich die Landespartei für eine Kooperation mit bekennenden Neonazis öffnet. Insbesondere nachdem sich im Kampf um die Parteispitze Udo Voigt erneut durchsetzen konnte, sieht er gute Chancen dafür, dass „viele parteifreie Kräfte" der NPD zur Hilfe eilen würden. „Und das auch ohne irgendwelche Gegenleistungen", fügt er hinzu – was für die durch Finanzskandale und Strafzahlungen wegen fehlerhafter Rechenschaftsberichte finanziell gebeutelte Partei nicht ganz unwichtig ist.

Die Basis für ein gutes Abschneiden bei der Landtagswahl 2010 will die NPD bei den am 30. August stattfindenden Kommunalwahlen legen. „In fast allen Kreisen und in über 23 kreisfreien und kreisangehörigen Städten" werde die NPD antreten, erklärte Cremer. Die Formulierung „in fast allen Wahlkreisen" ist freilich interpretationsbedürftig. In weiten Teilen des Münsterlands und von Ost- und Südwestfalen wird seine Partei nicht auf den Stimmzetteln zu finden sein. Von einem wirklich flächendeckenden Agieren – NRW zählt neben den 31 Landkreisen über 396 Städte und Gemeinden – ist die NPD weit entfernt. Doch immerhin scheint es ihr zu gelingen, die Zahl der Wahlantritte verglichen mit 2004 zu verdreifachen oder gar zu vervierfachen. Vor fünf Jahren kandidierte die Partei für 14 Kreistage, Stadträte und Bezirksvertretungen; in zwölf Fällen gelang ihr der Einzug in die Parlamente. Es stehe zu befürchten, dass sie diesmal mehr Mandate erringe als zuvor, meint denn auch der Düsseldorfer Verfassungsschutz.

Zugute kommen könnte der NPD auch, dass – abgesehen von den „pro"-Gruppierungen – die Konkurrenz schwächelt. In einigen Städten und Kreisen, wie zum Beispiel im Märkischen Kreis und seiner Kreisstadt Lüdenscheid, werden die Republikaner nicht mehr auf dem Stimmzettel stehen. Die rechte Minipartei „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland", mit der die NPD im Rhein-Sieg-Kreis in Konkurrenz steht, bettelt aktuell um Unterstützung: „Wir suchen noch Wahlbewerber zur Kommunalwahl. Melden Sie sich bitte schnell!" Und auch die DVU, der die NPD in deren alter Hochburg Dortmund zudem direkte Konkurrenz macht, leidet unter chronischem Personalmangel. In Stolberg, wo 1999 erstmals ein DVU-ler im Stadtrat Platz nehmen konnte, veröffentlichte die Partei einen „Dringenden Aufruf": Gesucht würden „noch Kandidaten, die bereit sind für uns in einigen der 22 Wahlbezirken zu kandidieren". Nicht erforderlich seien „Vorkenntnisse oder besondere Qualifikationen".

Tomas Sager

Braune Kulturwelt

Ein Netzwerk aus rechtsextremen Organisationen und völkisch-bündischen Jugendgruppen trifft sich seit Jahrzehnten zu germanischer Brauchtumspflege und Volkstänzen.

Gleich nach Feierabend oder Schulschluss, am Wochenende und in den Ferien, gestalten Tausende von Rechtsextremisten ihre eigene, oft nationalsozialistisch geprägte Kulturwelt. Abgeschottet von Öffentlichkeit, fernab von provokanten Aufmärschen oder Parteiveranstaltungen finden sie sich ungestört zur Pflege germanischem Brauchtums, Volkstanz oder Singewettstreiten zusammen. Zusammenhalt geben den diversen Gruppen und Organisationen eine gemeinsame nationalistische Ideologie sowie ehrgeiziges Streben nach deutschem Elitegeist. Dabei werden harmlose alte Traditionen wie das Hissen eines Maibaumes oder das Schöpfen von Osterwasser aufgegriffen und für ihre Zwecke vereinnahmt.

Es gibt aber auch Kulturveranstaltungen anderer Art, die im Verborgenen laufen. Anfang Juni luden sächsische Neonazis in den Chemnitzer Europark. Unauffällig, in der Gaststätte „Yesterday", sollte der „nationale Schriftsteller" Eric Kaden aus Dresden einen Vortrag über Kurt Eggers – einem in völkischen Kreisen kultartig verehrten SS-Dichter – halten. Innerhalb eines breiten Spektrums wird den kämpferischen Parolen des ehemaligen Kommandanten der SS-Division „Wiking" gehuldigt und Eggers als der große „soldatische Dichter seiner Gegenwart" verehrt. Der Dresdener Versandbuchhändler und ehemalige Aktivist der kürzlich verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) Kaden, Jahrgang 1976, gilt als kultureller Multifunktionär der Szene. Er brachte nicht nur den Nachwuchs der HDJ mit Eggers-Gedichten auf Linie. Einst nahm er selbst an einem Schulungslager der bereits 1994 verbotenen „Wiking-Jugend" in Hetendorf teil. Eric Kaden, zeitweilig Mitarbeiter innerhalb der Schweriner NPD-Landtagsfraktion, bleibt demnach wie zahlreiche andere Kameraden und Kameradinnen trotz erfolgter Verbote fester Bestandteil einer abgeschotteten braunen Kulturwelt.

Ein Blick hinter die Kulissen offenbart ein straff organisiertes Netzwerk aus jahrzehntelang gewachsenen rechtsextremen Kulturorganisationen, völkisch-bündischen Jugendgruppen und Freundeskreisen, die mit kultureller Vielfalt und demokratischer Zivilgesellschaft nicht viel am Hut haben. Ausschließlich, wer aus der eigenen ethnischen Gruppe stammt, wird eingeladen, darf teilnehmen. Ausnahmen sind alljährliche europäische Treffen wie zum Beispiel die „Gästewoche des Deutschen Kulturwerkes", an der Kaden im September 2006 in Graz teilnahm. Sein Chemnitzer Vortrag wurde unter anderem von der Gruppe „Sonnenritter" um NPD-Aktivist Tony Gerber aus Zwickau intern beworben. Gerber sieht sich und seine Sonnenritter als „Organisation zum Schutz und Erhalt des Volkes und Kulturgutes".

Teilnahme an Sängerfesten und Singewettstreiten

Der erfolgreiche Karate-Kampfsportlehrer Eric Kaden ist vielseitig kulturell aktiv. So war er beteiligt an Gruppen wie dem einflussreichen „Freundeskreis Ulrich von Hutten", in dem sich zahlreiche Alt- und Neonazis gemeinsam mit zurückhaltenden Hintergrundakteuren tummeln. Im Schulungslager der militanten „Wiking-Jugend" gewannen seine Kameraden aus dem „Gau Sachsen" einst den „Bundessingewettstreit" mit dem Pflichtlied „Und der da vorn die Trommel schlägt" den ersten Platz.

Insbesondere in rechten Jugendbünden wie dem „Freibund – Bund Heimattreuer Jugend", dem „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund" oder in nationalistischen Burschenschaften wird heute einschlägiges Liedgut gepflegt. Deren Mitglieder versuchen immer wieder, sich an überbündischen oder Pfadfinder-nahen Singewettstreiten und Sängerfesten zu beteiligen, oft werden sie inzwischen ausgeschlossen oder bekommen im Vorfeld Hausverbot. Am Würzburger Singewettstreit, der regelmäßig bis 2005 stattfand, nahmen sie jahrelang ungehindert teil. „Der Gedanke an das vergangene Singen und Musizieren" erfüllt die Anhänger des „Freibund" „mit Freude". Seit 2008 findet der Würzburger Wettstreit unter neuem Namen und ausdrücklichem Ausschluss des Freibundes statt. Auch die verbotene „Heimattreue Deutsche Jugend" hatte eine eigene „Liedersammlung", die beim „Amt Beschaffung" zu besorgen war. Lieder mit rassistischen und antisemitischen Inhalten gehörten dazu, wie es in der Verbotsverfügung heißt.

Durch den wachsenden Einfluss völkisch-nationaler Kreise innerhalb von NPD und Kameradschaften und den steigenden Wert kultureller Veranstaltungen im Innercircle der „Gesinnungsgemeinschaft" ist es heute mög-

lich, auch bei Aufmärschen und Kundgebungen nicht nur das „Lied der Deutschen", sondern auch NS-Pflichtlieder wie „Ein junges Volk steht auf" in Gänze anzustimmen.

„Liedersammlung" der verbotenen HDJ

Fester Bestandteil der Brauchtumspflege ist auch der Volkstanz. So beteiligten sich nicht nur HDJ-ler wie die ehemalige Bundesmädelführerin" Holle Böhm an einer Vorführung beim „Pressefest" der NPD in Dresden, sondern Anhänger der HDJ-Einheit „Hermannsland" oder des „Heimatbund Pommern" versuchten auch, an außerpolitischen Tanzveranstaltungen teilzunehmen. Personen wie beispielsweise der heidnische Trauerredner Gerd Rothe richten andererseits Feiern aus, um außerhalb der Szene Tanzbegeisterte anzulocken. Rothes „9. Ostwestfälischer Volkstanzball" sollte Mitte März in Bad Oeynhausen-Rehme starten. Rothe, der Anhänger der rassistischen „Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft" war, schart seit Jahren Volkstänzer um sich. 2008 berichteten Angehörige des völkischen „Freibundes" über ihre Teilname am Ball in der bundeseigenen Zeitschrift.

Ende April lud der „Tanz- und Spielkreis Mitteldeutschland" um Kai Pfürstinger zum internen Fest ins Erzgebirge ein. Pfürstinger, Landesvorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO) und Ausrichter des jährlichen Neonazi-Aufmarsches zur Bombardierung Dresdens, beteiligt sich immer wieder an bündischen Treffen. So zum Beispiel im Jahr 2008 beim so genannten „überbündischen Burgfest", das seit 1995 jährlich auf wechselnden Burgen stattfindet. Bis 2006 auch unter Beteiligung der HDJ. Seine Anhängerschar findet Pfürstinger unter anderem in den Reihen von ehemaliger HDJ, der thüringischen „Schlesischen Jugend" oder dem heidnisch-religiösen „Bund für Gotterkenntnis – Ludendorff e.V.". Der Veranstaltungsort wurde bis zuletzt geheim gehalten.

Fotos zeigen Frauen in langen blauen Röcken mit Zöpfen oder Pferdeschwänzen, die sich mit gescheitelten Männern in Zimmermanns- oder Kniebundhosen an den Händen fassen und herumwirbeln. Unter den jungen Tänzern sind auch ehemalige Anhänger der HDJ, einige von ihnen hatten sich im Herbst 2008 an der ersten Wanderung der „Einheit Thüringen" in Eisenach beteiligt. Ein Anderer stammt ursprünglich aus der Kameradschaftsszene in Berlin, posierte immer wieder auf Fotos im „Funkenflug". Gegen ihn soll bereits wegen des Tragens einer verbotenen Uniform ermittelt worden sein. Männer und Frauen kennen sich aus zahlreichen extrem rechten beziehungsweise rechtslastigen Organisationen und Vereinen. Nationale Freundschaften und sogar Ehen entstehen bei diesen Festivitäten. Dem Nachwuchs soll ungestört Brauchtum vorgelebt werden.

„Mitteldeutscher Volkstanzkreis" sucht neue Mitstreiter

Insbesondere heidnische Feste wie das Julfest im Dezember, die Sonnenwenden im Sommer und Winter oder die Ostara-Feiern gehören zum Pflichtrepertoire der Szene. Anfang April dieses Jahres lud zum Beispiel ein Kreis von Aktivisten, die sich selbst als „Wandergruppe Knotenstock" bezeichnen, in den Raum Chemnitz „auf einen bekannten 4-Seitenhof" in Cossen ein. „Gefährten kommt zum Ostarafest" hieß es in der Einladung. Zur „heilbringenden" Feier gehörten „Volkstanz, Singewettstreit, Laienspiel und Feuerräderrollen". Die Teilnehmer reisten für das gemeinsame Wochenende aus Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt an.

In den selben Kreisen fand wenige Wochen später dann auch der traditionelle „Maitanz" des „Mitteldeutschen Volkstanzkreises" statt. Die internen Einladungen sollten nur an „vernünftige Kameraden" weitergeleitet werden, diejenigen, die keinen „Weltnetzzugang" haben, sollten telefonisch informiert werden. In den Amtsblättern der sachsen-anhaltinischen Stadt Landsberg suchte der „Mitteldeutsche Volkstanzkreis" im April dieses Jahres neue Mitstreiter. Interessierte an „deutschen Volkstänzen" sollten sich telefonisch melden. Die angegebene Handynummer hatte in den vergangenen Jahren der ehemals militante Neonazi Steffen Hupka genutzt. Hupka, der in Trebnitz bei Halle ein Schulungszentrum errichten wollte, bot nebenher seine antiquarischen Bücher unter anderem bei einer Ostertagung der rassistischen Ludendorff-Gemeinschaft 2006 in Dorfmark an. Neonazis sind umtriebige Menschen – vor allem im Hintergrund.

Andrea Röpke

Personelle Schnittstellen

Die Thüringer NPD will durch kommunalpolitische Verankerung den Einzug in den Landtag schaffen.

Nach Angaben des Verfassungsschutzes hat sich die NPD in Thüringen gezielt auf die Kommunalwahlen konzentriert. Im aktuellen Landesverfassungsschutzbericht ist zu lesen, dass Schulungsmaßnahmen für Kandidaten und künftige Parlamentarier bereits seit März 2007 stattgefunden haben.

Ansonsten stagniert die Partei strukturell mit 16 Kreisverbänden, hat im Mitgliederbereich gar eingebüßt, nachdem es durch interne Streitereien zu Austritten und gar Ausschlussverfahren gekommen ist. Ihr werden derzeit 480 Mitglieder zugerechnet. Die DVU dümpelt bei 50 Mitstreitern. Neonazis und sonstige gewaltbereite, subkulturelle rechte Kräfte bilden zusammen rund 630 Personen. Häufig gibt es eine Zusammenarbeit mit der NPD, zumindest bei aktionistischen Inhalten – am Bereich Rechtsrock zu beobachten – gibt es gemeinsame personelle Schnittmengen.

Ein aufkommender Richtungsstreit innerhalb der NPD hat diese zeitweise gelähmt, die beiden prestigeträchtigen Großveranstaltungen mit überregionalem Charakter, „Rock für Deutschland“ (Gera) und das „Fest der Völker“ (Altenburg) haben trotzdem 750 beziehungsweise 1200 Teilnehmer angelockt. In Altenburg waren gar über 100 ausländische Neonazis mit von der Partie.

Mit einer stärkeren kommunalpolitischen Verankerung will der Landeschef Frank Schwerdt auch die Fünf-Prozent-Marke für einen Einzug in den Erfurter Landtag überspringen. Vorbild ist offenbar die Strategie aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen. Längst wird beim eigenen Personal nicht mehr auf lupenrein saubere Westen geachtet. Mehr als die Hälfte der Mitglieder des Landesvorstandes ist vorbestraft, über 40 Prozent der Vorstandskräfte in den Kreisverbänden ebenfalls.

In der Kameradschaftsszene ragen die Nationalen Sozialisten Altenburger Land unter Thomas Gerlach heraus, die es seit Ende 2004 gibt. Bereits seit 1995 existiert die Kameradschaft Eichsfeld um Thorsten Heise, der auch dem NPD-Bundesvorstand angehört. Er ist bundesweit eine schillernde Figur in der rechtsgerichteten Musikszene und betreibt den W&B-Versand mit Ton- und Bildträgern, Geschenkartikeln, Textilien, Literatur und sogar Wein und Spirituosen. Auch im Vorjahr durchsuchte der Staatsschutz sein Anwesen im Dorf Fretterode. Dritter fester Zusammenschluss ist die Kameradschaft Apolda, die teils unter wechselnden Namen operiert.

Die Behörden registrierten im Berichtsjahr acht Neonazi-Konzerte. Das Bandpotenzial ist nicht gering. So traten die Gruppen „Rabenschrei“, „Wolfssang“ (beide Sondershausen), „Brainwash“, „Moshpit“, „Eternal Bleeding“ (alle Altenburg), „Rabiat“, „Eugenik“ (beide Gera), „Radikahl“ (Weimar), „Celtic Dawn“ (Heldrungen), „Ehre & Stolz“ (Suhl), „Unbeliebte Jungs“ (Sonneberg), „PAK 88“ (Erfurt) und „Glorial Honours“ in Aktion. Von 70 rechtsgerichteten Internetseiten hat ein Drittel einen Musik-Bezug. In Sondershausen ist der Versand „Germania Records“ ansässig.

Tagungen und Treffen in Thüringen wurden von der Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Vorsitz: Anwalt Jürgen Rieger, Hamburg), der Deutschen Freiheitsbewegung – der Bismarck-Deutsche, vom Theoriezirkel Deutsches Kolleg unter der Obhut von Reinhold Oberlercher (Hamburg) und von der überparteilichen Sammlungsorganisation von publizierenden Rechtsextremisten, der Gesellschaft für Freie Publizistik, durchgeführt. Zusammenkünfte gab es auch von der so genannten „Exilregierung Deutsches Reich“, einem Ableger der Kommissarischen Reichsregierung des Deutschen Reiches (KRR), von der es seitens des Verfassungsschutzes heißt, dass die realitätsfernen Verlautbarungen der Exilregierung nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, „dass hier mit pseudojuristischer Akribie versucht wird, einen gesellschaftlichen Resonanzboden für rechtsextremes Gedankengut zu schaffen“ und teilweise personelle Überschneidungen zu anderen rechtsextremen Gruppierungen bestehen.

Statistisch hat es gegenüber dem Jahr 2007 im Vorjahr eine Zunahme der Gewaltdelikte mit einem rechtsextremen Hintergrund von 61 auf 65 Delikten gegeben. Auch die Zahl der der rechten Szene zugeschriebenen Sachbeschädigungen ist von 47 auf 74 gestiegen.

Horst Freires

Nachlassende „Strahlkraft“

Mitgliederverluste bei den rechtsextremen Parteien – Zuwachs für Neonazispektrum auch in Niedersachsen.

NPD und DVU verloren weiter Mitglieder, Neonazis legten zu, die Zahl der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund blieb konstant – das sind die zentralen Aussagen des niedersächsischen Verfassungsschutzberichtes 2008.

Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften hat der Verfassungsschutz ein rechtsextremes Potenzial von 2780 Personen in Niedersachsen errechnet (2007 waren es 2740). Federn lassen mussten die beiden „großen“ Parteien NPD und DVU: Die Nationaldemokraten schrumpfen um 50 auf 600 Parteigänger. Die Deutsche Volksunion verlor zehn Mitglieder und zählte am Jahresende 620 Personen. Deutlich zulegt haben dagegen „sonstige Organisationen“ – und zwar von 325 auf 425 Personen, dazu zählen auch 50 Mitstreiter der Deutschen Partei. Weniger wurden „subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten“. Sie verloren 30 Anhänger und zählen jetzt 870 Personen. Das Neonazispektrum (Freie Nationalisten, Freie Kameradschaften) befindet sich im zahlenmäßigen Aufschwung und vermeldet einen Zuwachs um 25 auf 355 Personen.

Besonders die NPD habe an „Strahlkraft“ verloren, sagte Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU), der den Nationaldemokraten gleichwohl den Geldhahn abdrehen und sie von der Parteienfinanzierung ausschließen will: „Es ist nur schwer zu ertragen, dass wir eine Partei mit Steuergeldern mitfinanzieren, die sich konkret gegen unsere Verfassung wendet.“ Prägend seien im Jahr 2008 die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der NPD und daraus resultierende Kontroversen mit den Freien Nationalisten gewesen, heißt es in dem aktuellen Bericht. Der niedersächsische NPD-Chef Andreas Molau habe sich in diesem Konflikt als Kritiker des NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt profiliert und zwischenzeitlich Interesse an dessen Job angemeldet. Molau polarisierte mit kritischen Äußerungen zu Freien Nationalisten und steht mit seinem „ethnopluralistischem Ansatz“ und der „darauf basierenden Intellektualisierung der NPD“ quer zu den aktionistisch ausgerichteten Kameradschaften. „Ihm dürfte es kaum gelingen, theorielastige rechtsextreme Organisationen wie die Gesellschaft für freie Publizistik, die Kontinent Europa Stiftung oder das Thule-Seminar, in denen er eine tragende Rolle spielt, mit den freien Nationalisten unter dem Dach einer ‘Volksfront von rechts’ zu vereinen“, vermutete der Verfassungsschutz richtig. Vor wenigen Wochen wurde dann der Wechsel des ehemaligen Waldorfschulen-Lehrers aus Groß Denkte bei Braunschweig zur DVU bekannt, für die er jetzt als Pressesprecher arbeitet. „Ich setze mich mittelfristig für eine moderne Rechtspartei ein, die für Koalitionen offen ist und nicht pseudo-biologistische Vorstellungen vertritt, die mit Politik nichts zu tun haben“, umschreibt Molaus seine Strategie.

Seitdem der Hamburger Ex-NPD-Mann Matthias Faust den Bundesvorsitz übernommen hat, ist vor allem der niedersächsische DVU-Landesverband hyperaktiv. Die Partei arbeitet daran, ihr Image als ferngesteuerter Wahlverein des rechtsextremen Münchner Verlegers Gerhard Frey abzulegen. In letzter Zeit wurden in Soltau, Celle und Delmenhorst sowie in ostfriesischen Städten acht neue Ortsverbände gegründet. Einige NPD-Ortsverbände erwägen den Übertritt zur DVU. Neben Molau („Mir ist egal, was zwischen ‘33 und ‘45 geschehen ist“) gilt der ehemalige NPD-Mann Heinz-Gerd Wiechmann aus Lüneburg als Strippenzieher.

Bei den rechtsextremen Straftaten gab es einen leichten Anstieg von 1750 im Jahr 2007 auf 1789 im vergangenen Jahr – davon sind 68 Prozent so genannte „Propagandadelikte“. Die Zahl der Gewalttaten stagniert und pendelte sich bei 111 ein – es wurde eine Tat mehr als im Vorjahr verübt. In 103 Fällen kam es – oft unter Alkoholeinfluss – zu Körperverletzungen. Mit 43 Übergriffen ist ein Großteil der Gewaltdelikte fremdenfeindlich motiviert. Ein typisches Beispiel ist das Zünden von Molotowcocktails im Gebetshaus der islamischen Gemeinde Sittensen. Zuvor hatten die drei Täter Fensterscheiben zerstört. Ihr Anführer verbüßt zurzeit eine dreijährige Gefängnisstrafe. Skinheads und sonstige Gewaltbereite haben besonders in kleinen Dörfern und Gemeinden Zulauf. Regionale Schwerpunkte liegen in Braunschweig/Salzgitter, Einbeck/Northeim, Lüneburg, Tostedt, Uelzen, Soltau, Schneverdingen, sowie der Region Hannover und im Bremer Umland.

Volker Stahl

Äußerste Brutalität

Prozessführung und Urteil gegen einen 21-jährigen Neonazi, der einen jungen Mann zu Tode geprügelt und getreten hatte, werfen Fragen auf.

Ein knappes Jahr nach dem gewaltsamen Tode des damals 20-jährigen Rick L. erinnert unweit einer Großdiskothek im Magdeburger Süden ein Gedenkstein an die Tat. Wenige Tage vor Einweihung des von der Stadt Magdeburg gestifteten Steines hörte der gleichaltrige Neonazi Bastian O. unbewegt sein Urteil an: Acht Jahre Jugendhaft wegen Totschlags. In der Nacht zum 16. August vergangenen Jahres hatte Bastian O. so lange brutal auf den angehenden Kunststudenten eingeschlagen und -getreten, dass dieser an seinen schweren Verletzungen noch am Tatort starb.

Der Fall hatte insbesondere deshalb für Aufsehen gesorgt, weil Bastian O. erst kurze Zeit vor der Tat nach Verbüßung einer zweijährigen Haftstrafe aus der Jugendanstalt Raßnitz entlassen worden war. Im Mai 2006 war er wegen eines ausländerfeindlichen Angriffs auf einen Migranten aus Togo verurteilt worden. Seinerzeit hatte er sein Opfer mit einem Baseballschläger traktiert und seinen Kampfhund auf den Mann gehetzt.

Umso fragwürdiger sind deshalb die Prozessführung und die Urteilsbegründung der Jugendstrafkammer am Magdeburger Landgericht. Der Vorsitzende Richter Jochen Kupfer schloss auf Antrag des Verteidigers die Öffentlichkeit nach Verlesung der Anklageschrift aus. Obwohl der Angeklagte kurze Zeit nach der Tat sein 21. Lebensjahr vollendet hatte, sah Kupfer „schutzwürdige Belange“ des Angeklagten nach dem Jugendstrafrecht für wichtiger an, als das Interesse der Öffentlichkeit an dem Verfahren.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme konnte die Öffentlichkeit denn auch erst in der mündlichen Begründung durch Kupfer wahrnehmen. Täter und Opfer sind sich danach gegen 5.00 Uhr morgens an einer Bushaltestelle unweit der Diskothek begegnet. Bastian O. war aus der Diskothek geworfen worden. Nach seinem Teilgeständnis hatte er Rick L. um eine Zigarette gebeten, worauf ihm dieser sinngemäß geantwortet habe, dass er einem „Hobby-Nazi“ nichts gebe. Dadurch gereizt habe O. angefangen auf L. einzuschlagen und -zutreten: An den Füßen Springerstiefel, an den Händen mit Quarzsand gefüllte Handschuhe, die wie Schlagringe wirkten. O. habe den Tod seines Opfers bewusst in Kauf genommen, so Kupfer, und auf dem Heimweg noch mit seiner Tat geprahlt und damit, dass „der andere nicht so leicht wieder aufsteht“. Dass er, wie er selbst angab, zuvor von dem Studenten gestoßen und getreten worden sei, wertete das Gericht als bloße Schutzbehauptung. „Das Opfer war viel zu betrunken, 22 Zentimeter kleiner und 44 Kilogramm leichter“, so Kupfer. „Er hatte gegen den Angeklagten keinerlei Chance.“

Die Todesursache war laut Obduktionsbericht das Ersticken am eigenen Blut. Aber auch eine andere Todesursache wäre in Betracht gekommen. Wäre Rick L. nicht erstickt, wäre er kurze Zeit später an seinen schweren Hirnblutungen gestorben. Die Schläge und Tritte O.s waren von so äußerster Brutalität, dass bei seinem Opfer zwei Venen im Gehirn abgerissen waren. Nach der Tat habe sich O. vom Tatort entfernt, dabei habe er noch die Tasche und die Geldbörse von L. mitgenommen. Die Kammer sah bei ihrer Urteilsfindung keinerlei Mordmerkmale. Weder Heimtücke noch niedrige Beweggründe noch außergewöhnliche Grausamkeit hätten vorgelegen, so die Urteilsbegründung. Die neonazistische Gesinnung des Täters habe zudem keine Rolle gespielt. Die Tat sei spontan erfolgt, daher sei nur eine Verurteilung wegen Totschlags geblieben. Der Verteidiger des Angeklagten hat inzwischen gegen das Urteil Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt. Das Verfahren geht also in Karlsruhe in eine weitere Runde.

Derselbe Verteidiger war vor derselben Kammer mit dem Antrag gescheitert, auch im Prozess gegen einen Neonazi aus Bernburg die Öffentlichkeit auszuschließen. Der hatte einen Bekannten erstochen, der in einem Prozess wegen Körperverletzung gegen ihn hätte aussagen sollen. Auch hier sehen Ermittler keinerlei politisches Motiv der Tat. Bei diesem Prozess steht die Kammer allerdings unter dem Vorsitz eines anderen Richters. Bereits verurteilt wurden zwei Männer aus der rechten Szene, die in Dessau-Roßlau einen 50-jährigen Mann ermordet hatten. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hatten die beiden Täter den vermeintlich Obdachlosen als „minderwertig“ angesehen. Sie wurden zu lebenslänglicher beziehungsweise 12-jähriger Haft verurteilt.

Eberhard Löblich

PROZESSE

Deal mit der Justiz

Der langjährige Thor Steinar-Geschäftsführer Uwe Meusel vor Gericht.

Mit juristischen Auseinandersetzungen hat der langjährige „Mediatex“ Geschäftsführer Uwe Meusel Erfahrung. Die „Mediatex GmbH“ ist eine der Firmen über die „Thor Steinar“ verkauft wird. In der Regel sind es Mietstreitereien um die „Thor Steinar“ Läden, die es mittlerweile in sieben Städten gibt, welche die Betreiber von den Geschäften mit der Justiz in Berührung kommen lassen. Das Prinzip ist dabei ähnlich. Nach einer Kündigung des Mietvertrags durch die Hausbesitzer geht „Thor Steinar“ durch die Instanzen. Solange die Gerichte der ungeklärte Sachverhalt beschäftigt, wird in den Geschäften munter weiterverkauft. Und so der vorpolitische Raum der extremen Rechten gestärkt. Mit der Kündigung durch die jeweiligen Hauseigentümer verebbt der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen die nach skandinavischen Städten benannten Läden. „Thor Steinar“ und seine Kunden wird es freuen.

Nun standen Uwe Meusel und Franziska K. am 2. Juni als Angeklagte in einem Strafprozess vor Gericht. K. wird von Anwohnern dem Laden „Tönsberg“ in Berlin-Mitte zugeordnet. Beschuldigt waren beide, am 16. Juli 2008 Hausfriedensbruch bei einem Mitglied der „Ini gegen Rechts Mitte“ in deren Galerie begangen zu haben. Noch vor Prozessauftakt wurde gedealt. Das Verfahren wird gegen Zahlung von 4000 Euro für Meusel und 1400 für K. eingestellt. Durch den Deal kam leider weder Meusels ökonomische Lage, noch seine aktuelle Stellung im Firmengeflecht um „Thor Steinar“ zur Sprache. Im Handelsregisterausdruck mit der letzten Eintragung vom 4. November 2008 wird er neben Mohammed M. Aweidah aus Dubai als Geschäftsführer „mit der Befugnis die Gesellschaft allein zu vertreten“ aufgeführt.

Weniger glücklich war für das „Tönsberg“ eine Entscheidung einige Tage vorher. Das Berliner Kammergericht verwarf dessen Berufung gegen die vom Landgericht verhängte Räumung des Geschäfts. Eine Revision ist möglich. Im „Tönsberg“ läuft der Betrieb unterdessen weiter. Eine Aushilfe in Voll- oder Teilzeit wird gesucht.

Fabian Kunow

SEITENBLICK

Ungesühnte Mordtaten

Weltweit leben noch zahlreiche mutmaßliche NS- und Kriegsverbrecher – viele können weitgehend unbehelligt ihren Lebensabend verbringen.

Vor wenigen Wochen wurde der mutmaßliche NS-Verbrecher John Demjanjuk aus den USA nach München überstellt. Ob der Prozess gegen ihn eröffnet wird, wird derzeit geprüft. Laut Jahresbericht 2008 des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Jerusalem laufen weltweit noch 608 Untersuchungen gegen mutmaßliche NS-Verbrecher. Sowohl in Deutschland wie auch in europäischen Ländern und in Übersee leben noch – zum Teil unbehelligt – alte Männer, denen NS- oder Kriegsverbrechen vorgeworfen werden.

Vor dem Münchner Schwurgericht wird seit September vergangenen Jahres gegen Josef Scheungruber (90) aus Ottobrunnn verhandelt. Dem einstigen Kompanieführer beim Gebirgsjägerpionier-Bataillon 818 wird 14-facher Mord vorgeworfen. Scheungruber soll verantwortlich für ein Massaker am 27. Juni 1944 im toskanischen Dorf Falzano di Cortano bei Arezzo sein. Bei dem Massaker wurden 14 Zivilisten ermordet. Scheungraber war bereits im September 2006 vom italienischen Militärgericht in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Das Münchner Gericht hat Ende Mai die Beweisaufnahme geschlossen, für den 16. Juni wird das Urteil erwartet.

In Ingolstadt lebt der in den Niederlanden verurteilte Nazi-Kollaborateur Klaas Carel Faber (87). Der Ex-Waffen-SS-Recke flüchtete Ende 1952 mit weiteren sechs NS-Verbrechern aus einem Gefängnis im niederländischen Breda und ist bis heute auf freiem Fuß. Faber werden 22 Morde angelastet. 1944 wurde er in den Niederlanden zum Tode verurteilt wegen der Hinrichtung von Gefangenen im „Polizeilichen Judendurchgangslager“ in Westerbork und im Gefängnis von Groningen. 1948 wurde seine Strafe in lebenslange Haft umgewandelt. Als Mitglied des SS-Kommandos „Silbertanne“ hatte der SS-Sturmmann Heinrich Boere (88) drei Zivilisten in den Niederlanden erschossen. Ein Gericht in Den Haag verurteilte ihn 1949 in Abwesenheit zum Tode, nachdem Boere in Deutschland untergetaucht war. Boere verbringt seinen Lebensabend in einem Altenheim am Rande der Eifel.

Im sächsischen Kirchberg hat sich der Litauer Algimantas Dailide niedergelassen. Dailide hatte als Mitglied der litauischen Geheimpolizei in den Jahren von 1941 bis 1944 Juden festgenommen, die aus dem Ghetto von Vilnius geflohen waren, und an die Nazis ausgeliefert. 2006 wurde er zu fünf Jahren Haft verurteilt, musste die Strafe aus gesundheitlichen Gründen aber nicht antreten.

Mehr als 800 Menschen bei Massaker getötet

Heinrich S. (93), ehemaliger Kommandant einer Aufklärungseinheit der Wehrmacht, soll für den Tod von mindestens 14 Zivilisten verantwortlich sein, die im Dezember 1944 in Norditalien von deutschen Soldaten erschossen wurden. S. wohnt in Darmstadt. Der in Berlin ansässige frühere Waffen-SS-Freiwillige Max Schneider (84) soll im September 1944 am Massaker im italienischen Marzabotto beteiligt gewesen sein. Mehrere Tage dauerte das Morden in der Region Emilia-Romagna. Mehr als 800 Menschen wurden getötet, darunter 216 Kinder. In Italien wurde Schneider in Abwesenheit 2007 zu lebenlanger Haft verurteilt. In Abwesenheit zu lebenslänglich verurteilte das italienische Militärgericht auch den in Nürnberg lebenden 88-jährigen Rentner Adolf Schneider. Der SS-Offizier gehörte der 16. SS-Panzergrenadierdivision an, die in Marzabotta wütete.

In Kempten ist der gebürtige Däne Sören Kam (88) gemeldet. Vor Gericht gestellt wurde Kam in Bayern nie. Ermittlungen gegen ihn wurden ergebnislos eingestellt. Anfang August 2005 lehnte die Münchner Staatsanwaltschaft die Auslieferung des ehemaligen SS-Obersturmführers ab. Der Ritterkreuzträger Kam, vormals Mitglied der Jugendorganisation der Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und später SS-Kompanieführer des „SS-Panzer-Grenadierregimentes Germania in der 5. SS-Panzerdivision Wiking“, besitzt seit 1956 die deutsche Staatsangehörigkeit. Nach Ansicht der dänischen Staatsanwaltschaft war Kam an der Liquidierung des Journalisten Carl Henrik Clemmensen am 30. August 1943 in Lyngby beteiligt. Einer der mutmaßlichen Komplizen, Helweg Larsen, wurde 1946 wegen des Mordes in Dänemark hingerichtet.

Dass Kam in Kempten untergetaucht war, wurde 1995 bekannt. Damals nahm er am soldatischen „Ulrichsbergtreffen“ in der Nähe von Klagenfurt teil. Am Rande dieser Veranstaltung fand in Krumpendorf ein von der SS-Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ veranstalteter „Europaabend“ statt. Auf Filmaufnahmen dieses Treffens wurde Kam von dänischen Journalisten erkannt.

Regelmäßig beim Ulrichsbergtreffen dabei, zuletzt 2006, war der in Klagenfurt lebende Milivoj A. Dem 96-Jährigen wird vorgeworfen, als Chef der kroatischen Ustascha-Polizei in der kroatischen Stadt Pozega für die Deportation hunderter Juden und Serben verantwortlich gewesen zu sein. Der in Österreich lebende Serbe Josias K. (83), der aus den USA abgeschoben wurde, soll 1942 den SS-Totenkopf-Verbänden beigetreten sein und 1943 im Arbeitslager Trawniki bei Lublin Wache bei der Erschießung von 8000 Juden gestanden haben.

Ins Visier der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg ist jüngst der im US-amerikanischen Michigan lebende John Kalymon (87) geraten. Ihm wirft der Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm vor, im Jahr 1941 in der Ukraine mindestens einen Juden erschossen und einen weiteren schwer verletzt zu haben. Kalymon war den Deutschen als ukrainischer Hilfspolizist in Lemberg zu Diensten. Ermittelt wird auch gegen den in Philadelphia wohnhaften, aus der Slowakei stammenden Johann B. (83). Der Sohn eines Volksdeutschen und einer Amerikanerin war Wachmann in Buchenwald und Auschwitz.

Der ungarische Polizei-Offizier Sandor Kepiro (95) soll 1942 am Massenmord von mehr als 1200 Zivilisten in Novi Sad beteiligt gewesen sein. Der pensionierte Rechtsanwalt lebt in Budapest. Dem Esten Michael Gorshkow wird vorgeworfen, an der Ermordung von rund 3000 Juden in Weißrussland beteiligt gewesen sein. Der in Venezuela lebende gebürtige Este Harry Mannil nahm als Polizeioffizier im Dienste der NS-Besatzungsmacht hunderte Juden fest, die später ermordet wurden. Im spanischen Marbella hat sich der Norweger Fredrik Jensen niedergelassen. Der von Interpol als Kriegsverbrecher eingestufte Jensen, vormals SS-Obersturmführer und Kompanieführer der 7./SS-Panzergrenadierregiment „Germania“ in der 5. SS-Panzerdivision „Wiking“, war der einzige norwegische Frontkämpfer mit dem Deutschen Kreuz in Gold.

Anton Maegerle

Gegen den Schlussstrich

Im Juli vor 30 Jahren hat der Deutsche Bundestag nach hitzigen Debatten entschieden, die Verjährung für Mord aufzuheben. Damit wurden weitere NS-Verfahren wegen Mordes erst möglich gemacht.

Es war eine der großen, man könnte sagen historischen Debatten des Deutschen Bundestages, über die vorher und danach auf der Straße, in der Bahn, im Taxi und an der Theke debattiert wurde. Tage lang, Nächte lang. Fast jeder hatte dazu seine Meinun. Es ging um Strafverfahren wegen NS-Verbrechen, so dachten und sagten viele. Das traf allerdings nur sehr eingeschränkt zu. Tatsächlich mussten die knapp 500 Bundestagsabgeordneten darüber entscheiden, ob Mord generell verjähren kann oder nicht. Dabei standen zwar die Massenmorde der NS-Zeit nicht im Mittelpunkt, aber um sie ging es im Wesentlichen.

Schon zweimal hatte das Parlament eindringlich und ausführlich über dieses Thema debattiert, 1965 und 1969. Ursprünglich verjährte in der Bundesrepublik Mord nach 20 Jahren. 1965 – 20 Jahre nach Kriegsende – wäre damit kein Mordverbrechen mehr justiziabel gewesen. Das wäre wenige Monate nach dem ersten großen Auschwitz-Prozess besonders im Ausland zu Recht auf massiven Protest gestoßen, hätte dem langsam wachsenden Ansehen der Bonner Republik enorm geschadet. Die Abgeordneten beschlossen, die Verjährungsfrist nicht von der Befreiung im Mai 1945 an zu berechnen, sondern von der Gründung der Bundesrepublik 1949 an. Schon damals war absehbar, dass dieser Termin nicht einzuhalten sein werde. Viel zu viele Massenverbrechen waren noch nicht einmal angeklagt. 1969 wurde die Frist verlängert – von 20 auf 30 Jahre. Aber bereits im Vorfeld dieses Stichtages stand für Beobachter fest, dass es dabei nicht bleiben werde. Juristische und aktuelle Ereignisse sprachen dagegen.

Im Januar 1979 sendeten die dritten Programme der ARD-Anstalten den berühmten Vierteiler „Holocaust", die Geschichte einer Täter- und einer Opferfamilie. „Holocaust" wurde ein Massenereignis. Nach jeder Sendung diskutierten Hunderttausende auf Straßen, in Kneipen, auf Arbeitstellen in Büros und an der Werkbank. Zum ersten Mal schien die Bevölkerung etwas von der „Endlösung der Judenfrage" zu erfahren. In Kirchen, bei Parteitagen und anderen öffentlichen Veranstaltungen war der amerikanische Spielfilm Thema. Die Einschaltquote erreichte beim vierten Teil stolze 41 Prozent. Damit sahen ihn mehr als 20 Millionen Deutsche. In den Funkhäusern kamen etwa 12 000 Zuschriften an. Der WDR nahm das zum Anlass, im Wuppertaler Peter Hammer Verlag eine Auswahl unter dem Titel „Holocaust – Briefe an den WDR" zu publizieren. Aus Anlass des Jahrestages gibt es jetzt „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss" als DVD bei „Polyband" mit einer Laufzeit von 415 Minuten.

Parallel zu dem Fernsehereignis wurde vor dem Landgericht Düsseldorf der erste deutsche Prozess wegen Verbrechen im deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek in Ostpolen geführt, über den Medien berichteten und das ZDF eine Dokumentation gesendet hatte. Das Verfahren war also öffentlich ein Begriff, die Bevölkerung beschäftigte sich mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen. Unter diesen Ereignissen stand auch der Bundestag, als seine Mitglieder darüber zu entscheiden hatten, ob es bei der Verjährungsfrist von 30 Jahren für Mord bleiben sollte oder nicht.

Im Bundestag waren mehr für als gegen die Verjährung. Man wollte „endlich" einen Schlussstrich – für millionenfachen Mord nach nur 30 Jahren. An der Spitze der Verjährungsbefürworter standen unter anderem Franz Josef Strauß (CSU), Rainer Barzel (CDU) und Justizminister E. Bucher (FDP). Strauß nannte die Morde bewusst „Kriegsverbrechen", obwohl er genau wusste, dass „Kriegsverbrechen" längst verjährt waren.

Bei den hitzigen Debatten überzeugten besonders drei Redner die Abgeordneten: Adolf Arndt, der Kronjurist der SPD-Fraktion, Ernst Benda vor der CDU und Freiherr zu Guttenberg (CSU). Ihre Leidenschaftlichkeit und juristische Klarheit überzeugte die Mehrheit im Parlament. Diese drei Juristen haben durch ihre Reden Exempel statuiert. Sie brachten es fertig, die Verjährung für Mord aufzuheben und damit die Voraussetzung für NS-Verfahren wegen Mordes weiter möglich zu machen. Die Fraktionen hatten die Abstimmung freigegeben. Mit 255 gegen 222 Stimmen wurde der Gesetzentwurf von SPD und FDP angenommen, weshalb Justizminister Ewald Bucher zurücktrat. Das war vor 30 Jahren – am 3. Juli 1979.

Heiner Lichtenstein

MELDUNGEN

Verbot für neonazistische M.A.F.

Schwerin – Mecklenburg-Vorpommerns Innenminister Lorenz Caffier, CDU, hat die neonazistische Kameradschaft „Mecklenburgische Aktionsfront“ (M.A.F.) nach dem Vereinsgesetz verboten. Die Verbotsverfügung wurde am Donnerstagmorgen, den 28. Mai, zugestellt. „Die M.A.F. verherrlicht den Nationalsozialismus, sie äußert sich antisemitisch und rassistisch und handelt nach Art. 18a der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern verfassungswidrig“, so Caffier. Neben der Zustellung der Verbotsverfügung kam es zu Durchsuchungen mit dem Ziel der Beschlagnahme des Vereinsvermögens und der Unterbindung der weiteren Vereinstätigkeit. Führender Kopf der M.A.F., die vornehmlich im Raum Neustrelitz/Neubrandenburg agiert, ist der 1981 geborene David Petereit. Der Neonazis gilt neben dem NPD-Parlamentarier Tino Müller als einer der führenden Köpfe der Kameradschaftsszene. Nach der Landtagswahl wurde Petereit, der auch stellvertretender NPD-Landesvorsitzender ist, Mitarbeiter des Rostocker NPD-Abgeordneten Birger Lüssow. Nebenher betreibt Multifunktionär Petereit den Online-Versand „Levensboom“, ist Herausgeber diverser neonazistischer Publikationen und tritt als Produzent für rechtsextreme Bands auf. Der Jura-Student Petereit war Anhänger der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ und ist im „Kulturkreis Mecklenburg-Strelitz“ aktiv. Mit Wanderungen, Sportveranstaltungen und der Pflege alten Brauchtums versucht diese Organisation neue Anhänger zu rekrutieren. Petereit ist zudem Organisator des so genannten Tollense-Marsches, welcher jährlich in der Region Neubrandenburg zum Gedenken an den SA-Führer Horst Wessel durchführt. Bundesweite Bekanntheit erlangte Petereit beim letzten NPD-Bundesparteitag in Berlin, als er in einem Redebeitrag in Richtung anwesender Medienvertreter in bester Goebbels-Diktion erklärte, es sei „Geschmeiß” anwesend. Bei der Bundestagswahl tritt Petereit auf Platz 3 der NPD-Landesliste an. (tn)

Rücktrittsforderungen

Österreich (Wien) – Der FPÖ-Politiker Martin Graf (Jg. 1960), seit Oktober 2008 Dritter Nationalratspräsident in Österreich, hat den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) als „Ziehvater des antifaschistischen Linksterrorismus“ diffamiert. Österreichs Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP) fordern jetzt den Rücktritt Grafs. Forderungen nach dem Rücktritt des Dritten Nationalratspräsidenten werden auch von der SPÖ, den Grünen und Teilen der ÖVP erhoben. Martin Graf ist Mitglied der rechtsextremen Wiener Burschenschaft Olympia. Auch Grafs Büroleiter Walter Asperl gehört der Olympia an. Asperl hat 2006 als Kontaktadresse für ein rechtsextremes Sommerlager fungiert. Einer der Mitorganisatoren dieses Sommerlagers war das Olympia-Mitglied Sebastian Ploner, der in Grafs Büro für den Internet-Auftritt zuständig ist. Ploner war einst Besteller beim deutschen Neonazi-Versand „Aufruhr“. Graf, Autor der rechtsextremen Wochenzeitung „Zur Zeit“, war zeitweilig Obmann des Arbeitskreises Österreich des revanchistischen Witikobundes. Über den 1991 verstorbenen Neonazi Norbert Burger, Gründer der 1988 verbotenen Nationaldemokratischen Partei (NDP), führte Graf aus: „Ich habe Norbert Burger immer geschätzt und tue das auch über seinen Tod hinaus.“ (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de